

Laibacher Zeitung.



Nr. 220.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 25. September

Insertionsgebühren bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsbempel jedesm. 30 fr.

1867.

Mit 1. October

beginnt ein neues Abonnement auf die „Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. October bis Ende December 1867:

Im Comptoir offen	2 fl. 75 fr.
Im Comptoir unter Couvert	3 " — "
Für Laibach ins Haus zugestellt	3 " — "
Mit Post unter Schleifen	3 " 75 "

Amthlicher Theil.

Die k. k. Landesregierung hat die dem landesfürstlichen Patronate unterstehende Pfarre Fara bei Kostel im politischen Bezirke Gottschee dem zeitlichen Pfarr-cooperator in Oblak Simon Lovšin zu verleihen befohlen.

Die k. k. Landesregierung hat die erledigte, dem Religionsfondspatronte unterstehende Localie Goldenfeld im Decanal- und politischen Bezirke Stein dem Pfarr-cooperator in Vigaun Johann Teran zu verleihen befohlen.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 24. September.

In der gegenwärtigen politischen Windstille tauchen in den Blättern hie und da wahre Ungethüme von See- und Landen auf, welche bei dem Zeitungsleser eine starke Dosis Leichtgläubigkeit voraussetzen. Eine Reihe solcher Zeitungsnachrichten geben der „Wiener Abendpost“ zu nachstehenden Bemerkungen Anlaß:

Das „Neue Fremdenblatt“ knüpft an die telegraphische Meldung, daß Viceadmiral v. Tegethoff in Vera-Cruz eingetroffen sei, die weitere Mittheilung, der Viceadmiral werde die Auslieferung der Leiche des Kaisers Max auf das energischste begehren und im Falle der Verweigerung einen mexicanischen Hasen bombardiren. Für dieses Schicksal dürfte dann Tampico ausersehen werden, weil dort keine englischen und nordamerikanischen Interessen existiren. Wir können nur wiederholen, daß die Sendung des Herrn v. Tegethoff eine friedliche ist und daß er keinerlei Gewaltmaßregeln anwenden wird, um den Zweck dieser Sendung, die Auslieferung der Leiche Sr. Majestät, zu erreichen.

Seuiffelon.

Pariser Briefe. *

Im September.

Das diplomatische Corps am Hofe der Tuilerien.

Darüber, ob die Arbeit der Diplomaten der Welt Nutzen oder Schaden bringt, gehen die Ansichten der Jetztzeit bekannlich sehr auseinander, daß ihre Arbeit aber zur Stunde noch eine notwendige ist, kann doch zuletzt niemand ableugnen. So lange es noch Kriege gibt, wird es auch Diplomaten geben, und so lange der Säbel noch klirrt und die Kanonen, diese ultima ratio, wie ihr Wappenschild sagt, noch mitsprechen, wird die Aufgabe der Feder noch immer darin bestehen, den eisernen Würfel abzuwenden oder vorzubereiten. Seitdem Europa das moderne Gewand, welches es jetzt trägt, angezogen, ist noch in den meisten Fällen von der Seinstadt aus das verderbliche Wort, welches Menschen hinrafft und Kluren vernichtet, erschallt und die Pariser Mauern sind daher auch, mehr als jeder andere Ort, der Sammelplatz der Diplomaten und der Mittelpunkt diplomatischer Thätigkeit gewesen. Wir wissen, welche Bedeutung das zweite Kaiserreich für Krieg und Frieden hat, und es ist daher die natürlichste Folge, daß auch in der Capitale desselben sich die hervorragendsten Männer, welche die diplomatische Welt aufzuweisen hat, zusammenfinden.

* Aus der „Trierer Zeitung.“

Die Blätter sprechen seit einigen Tagen von einer Mission des Generals Fleury. Wir glauben gut unterrichtet zu sein, wenn wir versichern, daß die Reise des Generals Fleury keinerlei politische Zwecke hat und daß sie lediglich als eine Vergnügungsreise anzusehen ist.

In einer Pariser Correspondenz der „Opinion“ finden wir folgende Stelle: „Eine neue Frage beginnt am Horizont aufzutreten. Es ist jene Tirols. Es gibt Leute, die behaupten — ich weiß nicht auf welchem Grund hin — daß Preußen und Italien sich verständigt haben, um Oesterreich die Ueberzeugung beizubringen, daß Tirol nach der Ueberschiebung des Brenner ihnen unumgänglich nothwendig sei. Selbstverständlich wird Oesterreich anfangs eine Entschädigung angeboten werden. Und man hofft, daß die Aussicht, in solcher Weise sein Deficit zu decken, Oesterreich zu dieser Abtretung bestimmen könnte.“ Wir verzeichnen die Nachricht einzig und allein, um zu constatiren, welches ungereimte Zeug in unseren Tagen, wenn auch nicht Gläubige, so doch wenigstens Leser findet.

Ueber das Bismarck'sche Rundschreiben brachte die „N. A. Z.“ folgenden Artikel an der Spitze ihres Blattes: „Mit großer Befriedigung wird man allgemein von dem Rundschreiben Kenntniß genommen haben, welches Graf Bismarck unlängst an die diplomatischen Vertreter Preußens gerichtet hat. Der Standpunkt, welchen die preussische Regierung den süddeutschen Staaten gegenüber eingenommen hat (es ist derselbe, den wir vor längerer Zeit schon als den allein richtigen bezeichneten), beruht auf der Erkenntniß, daß den süddeutschen Staaten und nicht dem Norddeutschen Bunde die Aufgabe zufalle, auf engere Verknüpfung dieser beiden Theile Deutschlands hinzuwirken. Nicht Zwang oder Ausnutzung der mächtigeren Stellung, welche durch die Natur der Dinge dem Nordbunde gegeben, nur der freie Wille der süddeutschen Staaten wird darüber entscheiden, ob ein weiteres oder engeres Band die deutsche Nation umfassen soll. — Nur auf diesem Wege können wir wirkliche Bundesgenossen an den Süddeutschen gewinnen und gleichzeitig bewegen wir uns auf diesem Wege innerhalb der Grenzen weiser Mäßigung, die auch dem Auslande nicht den Schein eines Anlasses zum Mißtrauen gewährt, denn ein auf diesem Wege geeinigtes Deutschland gewährt nicht nur Befriedigung des nationalen Gefühls, sondern gleichzeitig Sicherung des internationalen Friedens. Ein so geeinigtes Deutschland, welches neben der gebotenen Zusammenfassung der Kräfte auch dem berechtigten Individualismus freien Spielraum gestattet, hegt keine weitergehenden Aspirationen des Ehrgeizes; sich selbst genügend, wird es ohne Neid neben sich andere mächtige Nationen sehen; durch gemeinsame Interessen des Friedens mit ihnen verbun-

den, wird es nur zur Erhaltung des Friedens, wenn die Noth solches gebietet, niemals aber zur Erschütterung dieses segensreichen Zustandes von seiner Kraft Gebrauch machen. Unererschütterlich fest auf dem Rechte der Nation beharrend, die eigenen Angelegenheiten nach eigenem Willen und ohne Beeinflussung des Auslandes zu ordnen, und doch gleichzeitig alles vermeidend, was die Empfindlichkeit des Auslandes verletzen könnte, geht Deutschland seiner glücklichen Zukunft auf dem Wege des Friedens entgegen. Gewiß, eine Nation, die mit solcher Mäßigung vorgeht, wie unter preussischer Führung die deutsche, eine Nation, die jedes fremde Recht so willig respectirt, wie die unsere, eine solche Nation gibt sich mit Recht der Erwartung hin, daß auch ihr Recht von anderen Nationen in gleicher Weise geachtet werde.“

Die „Frl. Ztg.“ bemerkt hiezu, daß, wenn man die vorstehende Auslassung der „N. A. Ztg.“ als einen getreuen Ausdruck der Politik des Grafen Bismarck betrachten dürfte, sich diese Politik von derjenigen, die in dem nationalliberalen Abreueentwurf vertreten ist, nicht gar zu weit entfernen würde. Es frage sich nur Eins, ob der bekannte Kreuzzeitungs-Standpunkt, wonach die Aufnahme des Südens in den Nordbund gar nicht gewünscht und sogar die Bildung eines besonderen Bundes vielleicht mit der Hoffnung, daß derselbe doch nicht zu Stande komme, angerathen wird, auch ein integrierender Bestandtheil der Bismarck'schen Politik sei oder nicht. . .

Heute setzt die „Nordd. Allg. Ztg.“ ihre Betrachtungen über das Rundschreiben — ein etwas ominöser Druckfehler läßt sie von einem „Rundschreißschreiben“ sprechen — in nachstehender Weise fort: „Das Rundschreiben des Grafen Bismarck, die Salzburger Zusammenkunft betreffend, hat auf die französische Presse einen lebhaften, wennauch sehr verschiedenen Eindruck ausgeübt. Während der „Constitutionnel“ den ersichtlichen Zweck des Rundschreibens darin erblickt, „die Besorgnisse des deutschen Patriotismus zu beschwichtigen“, finden andere Blätter dasselbe geeignet, die Besorgnisse des französischen Patriotismus hervorzurufen. Es verlohnt sich um so weniger, die Uebertreibungen zu verzeichnen, in welchen sich in letzterer Beziehung einzelne Blätter ergehen, als sie der Wahrheit zu offenbar ins Gesicht schlagen. Wenn der „Temps“ beispielsweise das Rundschreiben einer „Kündigung des Prager Friedensvertrages“ gleichstellt, so tritt im Gegentheil für jeden Unbefangenen aus jener Kundgebung gerade das eifrige Bemühen der preussischen Regierung hervor, die Bestimmungen jenes Vertrages gegenüber einseitigen und überstürzten nationalen Bestrebungen gewissenhaft festzuhalten. Daß die preussische Regierung das berechnete und durch jenen Friedensschluß ausdrücklich anerkannte Ver-

Wie billig, beginnen wir bei unserer kurzen Skizze mit dem Vertreter Oesterreichs, dem Fürsten Richard Metternich. Der Fürst, welcher am 7. Jänner 1829 geboren ist, also jetzt in seinem 38. Lebensjahre, in der Vollkraft seines Geistes und Körpers steht, ist aus Diplomatenblut vom reinsten Wasser. Die Geschichte im Anfang unseres Jahrhunderts ist mit der Thätigkeit seines Vaters, des Fürsten Clemens Metternich, so innig verwachsen, daß man in Wahrheit sagen kann, die Politik Europa's ging in vielen Zeiten, namentlich nach dem Sturze Napoleons I., nur in dem Geleise, welches ihr Metternich vorgeschrieben.

Viele behaupten nun auch, daß der jetzige Botschafter am Pariser Hofe aus der Ehe seines Vaters mit der Prinzessin Kaunitz, also auch einer Diplomatenochter ersten Ranges, entsprossen sei. Dem ist aber nicht so. Fürst Richard ist zwar der älteste Sohn, aber aus der zweiten Ehe, und seine Mutter ist eine geborne Freiin v. Pehlam. Vor dem Pariser Hofe hatte der Botschafter den sächsischen Gesandtschaftsposten inne und bereitete sich dort zu der jetzigen Stellung vor. Ist es für denselben ein unzweifelhaftes Glück, der Sohn eines so großen Diplomaten zu sein, so leidet er doch täglich unter dem Maßstab, welchen man in Folge dessen an ihn anlegt. Er kann nichts thun, ohne den Vergleich mit seinem Vater hervorzurufen. Wenn man aber gerecht sein will, so muß man ihn, wenn man ihn auch seinem Vater nicht gleichstellen kann, doch unter die Diplomaten ersten Ranges rechnen. Er hat es verstanden, die so schwierigen Beziehungen zu dem Kaiser Napoleon — er kam erst nach dem italienischen Kriege nach Paris — stets in der doch noch günstigsten Weise

aufrechtzuerhalten. Ihm gewisse Dinge Schuld zu geben, ist ungerecht. Auch sein Vater konnte vieles nicht verhindern. Als sich aber die erste Handhabe im vorigen Jahre zeigte, um auf Napoleon zu wirken, that er es, und er hat den Kaiser zu bestimmen gewünscht, manchen Schritt weiter zu gehen, als er wollte.

Die Thätigkeit der Diplomaten entzieht sich doch meist der Oeffentlichkeit und so ist die Welt selten in der Lage, über die Wirksamkeit dieser Staatsmänner ein objectives Urtheil fällen zu können. Sie rechnet einfach nach Erfolgen, aber sie veranschlagt zu selten die Schwierigkeiten oder Unmöglichkeiten, einen Erfolg herbeizuführen. Man kann ruhig annehmen, daß der jetzige österreichische Minister-Präsident, Herr v. Buol, welcher den Fürsten seit der Dresdner Wirksamkeit genau kennt, seine gewichtigen Gründe hat, den Botschafter in seiner bisherigen Stellung zu belassen. In socialer Beziehung nimmt der Vertreter Oesterreichs dem Hofe gegenüber den ersten Rang ein. Seine und die Persönlichkeit seiner Gemalin setzen ihn im Verein mit dem wahrhaft fürstlichen Vermögen in den Stand, die Zirkel des österreichischen Botschafts-Hotels zu den ersten von Paris zu machen, sobald man von dem Hofe selbst absieht. Dem Kaiser und der Kaiserin gegenüber steht er in dem nächsten Verhältniß und, wenn der Kreis in den Tuilerien auch nur auf die nächststehenden Personen beschränkt ist, fehlt der Fürst und seine Gemalin nie. Es ist weltbekannt, daß die Persönlichkeit der Fürstin, der gebornen Gräfin Pauline Sandor, Tochter des berühmten ungarischen Reiters, das Ihrige dazu beigetragen hat, um diese intimen Beziehungen hervorzurufen und zu erhalten. Jeder Pariser kennt die Fürstin und wie beliebt sie ist,

langen der deutschen Stämme nach einem festen nationalen Zusammenschluß unausgesetzt im Auge behält, kann nur diejenigen überraschen, welche eben so wohl den Charakter der preussischen Regierung, als den der vorjährigen großen Bewegung verkennen. Anerkanntermaßen war diese Bewegung nicht aus dem Streben der preussischen Regierung nach einer particularistischen Vergrößerung Preussens, sondern aus dem allgemeinen Verlangen nach einer besseren Gestaltung der deutschen Bundesverhältnisse hervorgegangen, und es wäre ein seltsamer Erfolg der großen in diesem Sinne im vorigen Jahre erkämpften Siege, wenn die zugleich im Prager Friedensvertrage ausdrücklich betonte Neugestaltung Deutschlands die deutschen Stämme in einem loseren und unsichereren Verhältnis zu einander ließe als die frühere vielgeschmähte Bundesverfassung. Gerade dieses Verhältnis rückt das Rundschreiben des Grafen Bismarck wieder in das rechte Licht, und diejenigen auswärtigen Blätter, welche sich durch das Rundschreiben enttäuscht fühlen, mögen daher die Schuld auf die Illusionen schieben, welche sie sich unberechtigter Weise in jener Hinsicht machten, und nicht auf Graf Bismarck."

27. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 23. September.

Auf der Ministerbank: Graf Taaffe, Freiherr v. John, Ritter v. Hye.

Präsident Dr. Giskra eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 35 Minuten.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Der Abg. Georg Hormuzaki (Bukowina) leistet als neueintretendes Mitglied das Angelöbniß in rumänischer Sprache.

Es werden mehrere Urlaubsgesuche zustimmend erledigt, darunter befindet sich das des Grafen Adam Potocki, dessen Beurlaubung eventuell eine Nachwahl in den Verfassungsausschuß nöthig machen wird, dessen Mitglied der Beurlaubte ist.

Abg. Skrzynski (Galizien) legt in einer Zuschrift sein Mandat nieder.

Das h. Ministerium des Innern theilt in einer Zuschrift das Ableben des vom mährischen Landtage gewählten Reichsrathsabgeordneten Hubik mit (welcher seinen Sitz im Abgeordnetenhause noch nicht eingenommen hat).

In einer Zuschrift des h. Justizministeriums wird mitgetheilt, daß Se. Majestät dem Gesetze über die Behandlung umfangreicher Gesetzesvorlagen die allerhöchste Sanction erteilt habe.

Die Zuschrift des h. Finanzministeriums, betreffend die Darlehensangelegenheit der Stadt Brody in Galizien gelangt hierauf zur Verlesung und wird dem Finanzausschuß zugewiesen (der beiliegende Gesetzesentwurf bewilligt der Stadt Brody durch 6 Jahre eine jährliche Unterstützung von 9000 fl. aus Staatsmitteln).

Graf Türckheim und Genossen bringen einen Antrag auf Revision des Eisenbahngesetzes vom 14. September 1854 ein. (Wird in Druck gelegt und der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen werden).

Die eingelaufenen Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen (darunter befindet sich die vom Abg. Mende eingebrachte Petition des Wiener Gemeinderathes um Aufhebung des Concordates; eine ähnliche Petition ist von Klagenfurt eingelaufen).

dafür spricht am Besten der Umstand, daß sie allgemein für eine Französin gehalten wird, das höchste Lob der Grazie und Eleganz in den Augen der Franzosen. Die Fürstin ist der rechte Typus wahrhaft vornehmen Wesens, welches von Hochmuth und Ueberhebung das volle Gegenheil ist. Mit derselben Liebeshwürdigkeit, mit welcher sie mit einem Prinzen spricht, habe ich sie auf dem Balle an den bescheiden in der Ecke stehenden Schriftsteller herantreten sehen, welcher sich ihr hatte vorstellen lassen. Die Gerüchte über ihre Excentricität sind die barsten Erfindungen, dagegen weiß der deutsche Hilfsverein am besten, was und wie die Magyaren-Tochter für die deutschen Armen in Paris sorgt. Ohne schön zu sein, ist die Fürstin das volle Bild einer reizenden Erscheinung. Auf einer elastisch feinen Figur sitzt ein Kopf voller Leben und geistigen Adels. Auch wenn sie ihre Toilette auf das einfachste beschränkte, würde die vornehme Frau überall die Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Die Fürstin steht jetzt in ihrem 32. Lebensjahr.

Nächst dem Fürsten Metternich fungirt auf der österreichischen Botschaft Graf Müllinen, dessen Thätigkeit und Arbeitskraft auch unter seinen Collegen gerühmt wird. Unter den jüngern Attaches wird der Sohn des früheren Minister v. Plener als ein junger, besonders begabter, diplomatischer Kopf genannt.

Vor dem italienischen Kriege hatte bekanntlich Herr v. Hübner den Botschafter-Posten in Paris inne.

Als österreichischer Generalconsul fungirt der alte Baron James Rothschild, welcher wohl mehr den Namen hergibt, während der Director Ritter v. Schwarz, ein höchst intelligenter Kopf, die eigentlichen Geschäfte führt. (Schluß folgt.)

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl von Schriftführern.

(Die Wahlzettel werden abgegeben, das Scrutinium wird von dem Bureau des Hauses vorgenommen und das Resultat in der nächsten Sitzung bekannt gegeben werden.)

Zweiter Gegenstand ist der Bericht des Ausschusses zur Vorberathung des Strafgesetzentwurfes in Betreff der von der Regierung vorgelegten Strafgesetznovelle.

Berichterstatter Dr. v. Mühlfeld erstattet den Bericht. Der Ausschuß hat sich die Regierungsvorlage größtentheils angeeignet.

Eine Generaldebatte findet über Antrag des Berichterstatters nicht statt, sondern es wird zur Specialdebatte geschritten.

Es gelangt die Ueberschrift des Gesetzentwurfes zur Verhandlung. Sie lautet:

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes finde Ich für die in der Ueberschrift genannten Königreiche und Länder in Ansehung derjenigen Personen, welche nicht der ordentlichen Militärgerichtsbarkeit unterstehen, zu verordnen, wie folgt:

Der Ausschuß hat statt der in der Regierungsvorlage vorkommenden Worte „in Betreff der Personen des Civilstandes“ gesetzt: „in Ansehung derjenigen Personen, welche nicht der ordentlichen Militärgerichtsbarkeit unterstehen“.

Se. Excellenz Justizminister Ritter von Hye stellt den Antrag, statt der Worte: „in Ansehung derjenigen Personen . . . unterstehen“ zu sagen: „in Ansehung derjenigen Personen, welche der Civilstrafgerichtsbarkeit unterliegen“, und begründet denselben in ausführlicher Rede.

Abg. v. Mende stellt den Antrag, die Ueberschrift, welche lautet: „Gesetz, wodurch mehrere Bestimmungen des allgemeinen Strafgesetzes und anderer strafrechtlicher Anordnungen abgeändert werden“, dahin zu ändern, daß statt der Worte „anderer strafrechtlicher Anordnungen“ gesagt werde: „und anderer damit in Zusammenhang stehender Anordnungen“.

Redner motivirt dies mit dem Hinweis darauf, daß durch den vorliegenden Entwurf nicht nur das Strafgesetz, sondern auch andere, wie das allg. bürgerl. Gesetzbuch, das Ehegesetz für Katholiken vom 8. October 1856, das Preßgesetz vom Jahre 1862 etc., abgeändert werden sollen. (Wird unterstützt.)

Berichterstatter Dr. von Mühlfeld wendet sich namentlich gegen die Ausführung des Herrn Justizministers und hält den Ausschußantrag aufrecht. Er schließt mit der Bemerkung, daß der Antrag des Herrn Justizministers nur dann zur Abstimmung gelangen könne, wenn ein Mitglied des Hauses denselben aufnimmt oder der Herr Justizminister denselben im Namen der Regierung als Aenderung der Vorlage derselben einbringt.

Se. Excellenz Justizminister Ritter v. Hye erklärt seinen Antrag nicht als Aenderung der Regierungsvorlage einbringen zu wollen, ersucht aber, es möge einer der Herren Abgeordneten denselben aufnehmen, da derselbe keinen principiellen Gegensatz zu den Intentionen des Ausschusses enthalte und nach seiner Ansicht vollkommen klar und dem Zwecke entsprechender sei.

Freiherr von Tinti erklärt hierauf, den Antrag des Herrn Justizministers als eigenen aufnehmen zu wollen. (Der Antrag wird unterstützt.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag Mende's mit großer Majorität und der Antrag des Herrn Justizministers mit 57 gegen 45 Stimmen angenommen.

Die §§ 1 und 2 werden ohne Debatte angenommen. Sie lauten:

§ 1. Mit dem Tage der Kundmachung dieses Gesetzes ist die körperliche Züchtigung sowohl als Hauptstrafe und als Stellvertretungsstrafe der Arreststrafe, gleichwie auch als Neben- oder Verschärfungs- und als Disciplinarstrafe unbedingt und ausnahmslos abgeschafft.

§ 2. Insoweit in den bestehenden gesetzlichen Vorschriften die körperliche Züchtigung als Hauptstrafe angeordnet erscheint, ist von jetzt ab statt derselben auf Arreststrafe, in denjenigen Fällen aber, in welchen sie bisher als Verschärfung einer Freiheitsstrafe oder als selbständige Disciplinarstrafe angedroht ist, auf eine der übrigen gesetzlich zulässigen Verschärfungsarten der Freiheitsstrafe und beziehungsweise Disciplinarstrafe zu erkennen.

§ 3 lautet:

Ebenso ist von dem Tage der Kundmachung dieses Gesetzes angefangen die Anhaltung der zur Strafe des schweren Kerkers Verurtheilten mit Eisen (Kettenstrafe) abgeschafft, und es haben die Gerichte in Zukunft bei Verurtheilungen zur schweren Kerkerstrafe wegen strafbarer Handlungen, welche erst nach Kundmachung dieses Gesetzes begangen werden (§ 10 lit. c), statt der Eisen (Ketten) auf Befügung einer oder mehrerer der gesetzlich zulässigen Verschärfungsarten der Kerkerstrafe zu erkennen.

wird nach dem Ausschußantrag angenommen, nachdem Se. Excellenz Justizminister Ritter v. Hye erklärt, den vom Ausschuß weggelassenen Schlußsatz der Regierungsvorlage, wonach die wegfallende Kettenstrafe auch durch Bemessung einer längeren Dauer der Freiheitsstrafe innerhalb des gesetzlichen Straßmaßes ersetzt werden könne, zurückzuziehen.

Gegen den § 4, welcher die Kettenstrafe als Disciplinarstrafe zuläßt, spricht Dr. Berger und beantragt die Rückverweisung desselben an den Ausschuß.

(Schluß folgt.)

Oesterreich.

Wien. (Die Realschulen.) Die „Debatte“ schreibt: Wir haben jüngst die günstige Aufnahme der Aenderungen in dem Lehrplane der Realschulen besprochen, dabei aber auch einige Wünsche geäußert, ohne daß uns bekannt war, daß zur Erfüllung derselben bereits Schritte gethan worden sind. Wir nehmen mit Befriedigung von der erhaltenen Aufklärung Notiz, daß bei dem Entfallen der Vorträge über Zoll- und Monopolordnung auch von der Zollkunde selbst in Verbindung mit der sogenannten kaufmännischen Arithmetik keine Rede mehr sein könne, und daß die Aufnahme der fremden, sogenannten modernen Sprachen als obligate Lehrgegenstände in den Lehrplan bereits an vielen Realschulen durchgeführt, für die beiden vom Staate erhaltenen Anstalten in Wien aber die Vorsehrung getroffen worden ist, daß mit Beginn des Schuljahres 1867/8 jeder Schüler wenigstens eine der modernen Sprachen lernen muß. Es wäre unbillig zu fordern, daß die Reorganisation des Realunterrichtes schon gegenwärtig zum Abschlusse gebracht werde, da doch die Neugestaltung der Volksschule noch bevorsteht, und der gewerbliche Unterricht überhaupt, wie auch der kunstgewerbliche noch einer Schöpfungsstunde entgegenharrt. Wenn endlich auch diese Reform sich vollzieht, dann wird die Forderung strenger betont werden können, dem Unterrichte im Zeichnen eine andere Richtung zu geben, und über das Lehrfach der „Baukunst“ an Realschulen zu Gericht zu sitzen.

— 23. September. (Dementi.) Dem heutigen „N. W. Tagblatt“ ist von angeblich „gut unterrichteter Seite“ die Mittheilung zugekommen, daß man im Finanzministerium „mit dem schon nahe an den Beschluß gediehenen Plan umgehe, die an Wien angrenzenden Gemeinden Floridsdorf, Zwischenbrücken, Simmering u. s. w. demnächst in den Wiener Verzehrungssteuerrayon einzubeziehen.“ Die „W. Abdp.“ ist in der erfreulichen Lage, das „Wiener Tagblatt“ bezüglich seiner an diese Maßregel geknüpften Besorgnisse ausreichend zu beruhigen, nachdem sie von wirklich gut unterrichteter Seite erfahren, daß der betreffende Plan weit entfernt ist, zum Beschlusse gediehen zu sein, indem über die ganze Angelegenheit an kompetenter Stelle nicht einmal verhandelt wird.

— 23. September. (Dementi.) Die „W. Abdp.“ schreibt: Das „N. Wiener Tagblatt“ bringt in seiner gestrigen Nummer Enthüllungen über eine angebliche geheime Instruction für die Staatspolizei und scheint zum Schlusse seines Artikels eine officiöse Erklärung in der Sache provociren zu wollen. Unsere Antwort kann, angesichts eines Nachwerks, das wohl niemand für etwas anderes als das Product eines schlechten Wiges halten wird, nur die sein, keine Antwort zu geben. Täuscht uns nicht Alles, so wird man ohnedies in der Redaction des genannten Blattes über die Entstehung jener Instructionen bessere Auskunft geben können, als in irgendwelchen officiellen Kreisen.

— (Die Staatsgrundgesetzentwürfe), welche dem österreichischen Reichsrathe vorgelegt werden sollen, werden trotz aller Aufmerksamkeit, die man den norddeutschen Angelegenheiten widmen zu müssen glaubt, von der französischen Presse nicht übersehen. Die „Gazette de France“ sieht in diesen Reformbestrebungen Oesterreichs einen wohlthuenden Gegensatz zu dem geschickt und verwegen durchgeführten Einigungswerk des Grafen Bismarck. Lobend hebt die „Gazette“ hervor, daß den Oesterreichern Preß-, Versammlungs-, Vereins- und Petitionsfreiheit zugesichert werden. Auch andere Journale sprechen sich namentlich im Hinblick auf die eigenen Verfassungszustände anerkennenswerth über die österreichischen Entwürfe aus. Nur will es einigen scheinen, als ob Artikel 19 des ersten Entwurfes (über die Zulässigkeit der zeitweiligen und örtlichen Suspension der verschiedenen Rechte) die Wohlthaten der neuen Staatsgrundgesetze auf einen etwas unsicheren Boden führen könnte.

Graz, 22. September. (Schule und Kirche.) Aus Radkersburg, 19. d., schreibt man: Wie bekannt, hat die Statthalterei die Creirung einer städtischen Hauptschule für Radkersburg bewilligt. Der Gemeindevorstand hat demnach sogleich zur Befügung des Lehrpersonals den Concurrs angeschrieben, hat die Ernennungen vorgenommen und der Statthalterei hievon mit dem Befügung die Anzeige erstattet, daß die neue Schule schon mit Beginn des nächsten Schuljahres eröffnet werden soll. Nun steht es aber sehr in Frage, ob es zur Eröffnung der Schule zum angegebenen Termine auch kommen werde, da die Landesstelle den Befügungsact mit Bezug auf den § 19 des Schulpatronatsgesetzes und der noch zu Recht bestehenden politischen Schulverfassung für ungesetzlich erklärt hat und die Commune auffordern ließ, unter gleichzeitiger Mittheilung der gefaßten Beschlüsse die eingelangten Competenzgesuche an die Diöcesanbehörde zur gutächtlichen Würdigung zu senden. Dann erst können von der k. k. Statthalterei den von der Stadtgemeinde Ernannten, falls diese die gesetzliche Befähigung besitzen, Anstellungsdecrete ausgefertigt werden.

Ausland.

Florenz, 22. September. (Verschiedenes.) Garibaldi ist nach Arezzo gegangen. Die gestrige Note des Ministeriums wurde überall günstig aufgenommen. Die „Opinione“ zeigt an: Die päpstliche Regierung hat von der Provinz Grosimone fast alle Truppen zurückgezogen; sie concentrirt dieselben in Rom.

(Die Aktionspläne Garibaldi's) treten immer mehr in den Vordergrund. Die italienische Regierung hat bereits eine officielle Erklärung erlassen, aus welcher hervorgeht, daß sie entschlossen ist, den durch die September-Convention eingenommenen Standpunkt streng zu wahren. Ob diese Erklärung auf Garibaldi Einfluß üben wird, läßt sich nicht bestimmen. Das „Journal de Paris“ spricht von Unterhandlungen, die zwischen Paris und Florenz schweben und Bezug auf die Eventualitäten eines Garibaldi'schen Handstreichs gegen Rom haben. Es soll sich um die Besetzung eines Theiles der päpstlichen Staaten durch italienische Truppen handeln. Dieselbe wäre principiell nahezu angenommen; nur sollen über die Dauer der Occupation die Ansichten auseinander gehen. Italien verlangt nämlich, heißt es, das permanente Besatzungsrecht im Interesse des päpstlichen Stuhles; außerdem will es auch in den römischen Häfen Marine-Depots einrichten. Das Tuilerien-Cabinet will, ehe es sich mit dem päpstlichen Stuhle benommen, keine Verpflichtungen mit der italienischen Regierung eingehen. Die „Epoque“ sieht ernstlichen Ereignissen in Italien entgegen, und glaubt, daß in Folge derselben die französische Regierung zu sehr wichtigen Entschlüssen sich veranlassen dürfte.

Turin, 18. September. (Ein zweites Aspromonte unmöglich. — Neues Panzergewebe.) Sind wir an dem Vorabend eines zweiten Aspromonte, oder sind wir es nicht? fragt man sich gegenseitig. Wäre die Antwort noch vor wenigen Wochen eine schwierige gewesen, so wird sie heute von Eingeweihten und Uneingeweihten, vom Publicum, wie von der Presse mit einer so zu sagen freudigen Leichtigkeit gegeben, und zwar in negativem Sinne. Woher diese plötzliche Sicherheit im Urtheil? wird man fragen. Hier ist die Antwort schon schwieriger, denn wohl wenige nur wissen etwas gewisses und niemand wagt sich an das Präcisiren von Thatfachen. Und doch nehmen alle denselben Vordergrund an und gehen von demselben Standpunkte aus, nämlich von einer wahren oder unterstellten Verständigung der in der römischen Frage beteiligten Factoren, nämlich zwischen der italienischen und der französischen Regierung und Garibaldi. Die stillschweigende Verständigung unter diesen drei Factoren ginge darauf hinaus, daß Garibaldi keine Invasion in das päpstliche Gebiet vornehmen wird, es ginge denn eine Erhebung Roms oder sonst eine insurrectionelle Bewegung im römischen Territorium voraus. In solchem Falle werden Garibaldi's Freiwillige mit Wucht einbrechen, ohne von den italienischen Truppen gesehen oder wenigstens erheblich belästigt zu werden. Um den Fehler der Blindheit aber wieder gut zu machen, wird der die Truppen des Grenzcordons commandirende General Nunziante, Herzog von Mignano, den Garibaldianern nachrücken, sie überholen und Rom beschützen, d. h. in Rom einrücken. Alles dies wird vollkommen unblutig vor sich gehen, denn die päpstlichen Truppen haben strengen Befehl, sich beim Sichtbarwerden der italienischen Truppen auf Rom zurückzuziehen und jeden Zusammenstoß mit denselben aufs sorgfältigste zu vermeiden. Zum Interveniren ist es dann für Napoleon zu spät, da derselbe bekanntlich das Geschehene respectirt, wie wir es in der Romagna und in den Marken und in Umbrien gesehen haben. Was dann weiter geschehen wird, läßt sich eher errathen als sagen. Auf die Gefügigkeit Frankreichs schließt man besonders auch deshalb, weil die Stelle eines französischen Gesandten zu Florenz in so wenig normalen Zeiten so lange unbesetzt bleibt. Nun, qui vivra verra! — In den letzten Tagen hatten in dem hiesigen Arsenal die letzten Experimente mit einem von dem Professor Cristoforo Muratori präparirten Gewebe statt, welche vortreffliche Resultate lieferten. Es wurden auf ein Stück dieses Gewebes, welches nach seinem Erfinder Muratoripanze genannt werden soll, drei Schüsse aus Revolvern der Marine auf bloß zwei Meter Distanz abgefeuert. Die Kugel drang nicht allein nicht in das Gewebe, sondern zerriß nicht einmal einen Faden desselben, wurde aber wohl mit großer Gewalt zurückgeschleubert. Hierauf wurde dasselbe Experiment mit den gleichen Waffen und auf die gleiche Distanz gegen fünf Eisenplatten von der Dicke eines halben Millimeters auf einander gelegt, vorgenommen, und die Kugel durchdrang vollkommen die vier ersten Platten und zerbrach die fünfte. Das Stück des Gewebes von der gleichen Größe, wie die der Oberfläche der Platten wog 66 Gramme; die der Platten hingegen 445 Gramme. Man versichert, das Gewebe sei auch für die Bepanzerung der Schiffe anwendbar; wenigstens soll ein tüchtiger Marineofficier, der bei Lissa gebliebene Capitän Faa di Bruno, entschieden dieser Ansicht gewesen sein.

Von der polnischen Grenze, 16. September. (Entlassung Verbannter. — Aufhebung eines Werbebureau's und der Koschersteuer. — Beiträge zur Militärherrschaft und zu den Russificirungsversuchen.) Tausend Lit-

tauer, welche kürzlich aus der Verbannung in Sibirien entlassen worden sind, sollen sich im Gouvernement Suwalki ansiedeln, wo auch bereits ein großer Theil davon eingetroffen ist. Auch die in Sibirien ditinirt gewesenen Oesterreicher, etwa 400, befinden sich gegenwärtig auf dem Schut in die Heimat. — In Wilna wurde vor einigen Tagen ein geheimes Werbebureau aufgehoben, welches ein gewisser Feliz Lewendowski zur Bildung einer türkischen Fremden-Region errichtet hatte. Dasselbe soll schon seit Jänner d. J. dort bestanden und viele Individuen, meist aus der Verbannung heimgekehrte Polen, über Wien nach dem Orient befördert haben. Die Sache wurde von Prag aus verrathen. — Die Koschersteuer, welche in Polen noch besteht, und $3\frac{1}{2}$ Kopelen, beträgt für jedes Pfund Fleisch, welches die Juden verzehren, ist in den Ostprovinzen jetzt aufgehoben. — Einer der angesehensten Gutsbesitzer im Königreich, ein Herr v. L., erhielt vor mehreren Wochen vom Militär-gouverneur zu Kalisch eine Vorladung ohne Angabe des Grundes, und als er derselben keine Folge leistete, wurde er am 11. d. auf seinem Gut von einer Militärpatrouille verhaftet und nach Kalisch gebracht, wo der Gouverneur ihn wegen Ungehorsams auf vier Wochen einsperren ließ. — Im Gouvernement Siedlee fahren die Bauern fort, den von den russischen Geistlichen abgehaltenen Gottesdienst zu meiden, sich Sonntags an geheimen Orten zu Privatandachten zu versammeln und ihre Kinder den russischen Geistlichen zu verheimlichen. Die Behörden suchen die widerspänstigen Bauern durch Ueberredung zu gewinnen, haben auch einzelne Häufelsführer verhaftet, gaben diese aber wieder los, als die Bauern sich zusammenschloßen und Wiene machten, die Verhafteten gewaltsam zu befreien.

Tagesneuigkeiten.

(Ehrbar's Clavier für die Kaiserin.) Für die Appartements Ihrer Majestät der Kaiserin im Schlosse Gödöllö ist soeben ein prachtvolles Piano aus der Fabrik des Hofclaviermachers Ehrbar abgegangen. Die innere Einrichtung des Lustschlosses und die in dem betreffenden Salon schon vorhandenen Möbel erheischen eine gewisse Uebereinstimmung mit der Ausstattung des Instrumentes. Diese Aufgabe ist von Ehrbar mit vollendetem Geschmaack gelöst worden. Der Kasten ist aus einem sehr seltenen Stück spanischen Nubaugenladers gebaut und mit schöner Bildhauerarbeit geschmückt. Blätterguirlanden, in höchster Vollendung gestochen, zieren die Kanten des Deckels, Glodenblumensträuße die beiden Seiten der Claviatur. Der Sockel, ein Lorbeerkranz, ist ebenso meisterhaft entworfen und ausgeführt, wie die Verzierungen auf dem die Claviatur bedeckenden Cylindere; das österreichische Kaiserwappen, verschmolzen mit den Symbolen des königlich ungarischen. Das Clavier zeichnet sich übrigens durch eine solche Fülle und Schönheit des Tones aus, daß es der echt sibirischen Ausstattung gar nicht bedürfte, um überall Aufsehen zu erregen.

(Neues über Mexico.) Im Verlag von M. Heinsius in Dresden erscheint soeben die erste Lieferung eines Werkes: „Die Kaisertragödie in Mexico,“ ein zeitgeschichtlicher Versuch von Adolf Stern. Der als Dichter rühmlich genannte Verfasser hat sich als historischer Essayist bereits früher, u. a. durch die interessante Schrift: „Vier Titularkönige im achtzehnten Jahrhundert,“ bekannt gemacht, und das Publicum darf mit Recht von ihm eine interessante, eingehende und glänzend geschriebene Darstellung erwarten. Schon ein Blick auf die erste Lieferung wird erkennen lassen, daß es sich hier um etwas anderes handelt, als um eine jener unmittelbare nach der Katastrophe in Mexico erschienenen Schriften, in denen ein paar Notizen aus der Vorgeschichte des Landes und ein paar unsichere Zeitungsberichte zusammengestellt waren. Die „Kaisertragödie in Mexico“ soll, nach einer Einleitung in großen Zügen, eine detaillierte Geschichte der französischen Expedition, der Errichtung des Kaiserreichs, seiner Erstlingskämpfe und seines schließlichen tragischen Ausgangs in lebendig anschaulicher Weise, getragen von scharfer Charakteristik der handelnden Persönlichkeiten geben. Besondere Werth legt der Verfasser auf den Nachweis des Zusammenhangs der neuesten mexicanischen Ereignisse mit der gleichzeitigen Krisis in der nordamerikanischen Union. Die besten Quellen sind benutzt, die bis jetzt bekannt gewordenen, auf die mexicanische Frage bezüglichen Actenstücke (auch die vom Grafen Keratry in der Revue contemporaine veröffentlichten) sind zu Grunde gelegt.

(Ein Perpetuum mobile.) Wie der „Vorst. Ztg.“ mitgetheilt wird, hat ein Wiener Mechaniker eine Maschine erfunden, welche in der That die Lösung des Perpetuum mobile zu bieten scheint; die Verhandlungen zur Erwirkung eines Privilegiums sind bereits eingeleitet. Die neue Maschine besteht ihrer Wesenheit nach aus einer sehr vereinfachten Hochdruck-Dampfmaschine mit oscillirendem Cylindere, mit einem kleinen, aufrechtstehenden Dampferzeuger, der durch Gas geheizt wird; mit der Schwungradwelle steht mittelst eines endlosen Riemens ein sehr compendioser Apparat (die eigentlich neue Erfindung) in Verbindung, der durch Rotation einen galvanischen Strom von enormer Intensität und Quantität liefert; durch Einwirkung desselben wird Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff zerlegt, welcher ersterer den Brennstoff zur Dampferzeugung liefert; zur Inbetriebsetzung genügt es, entweder den ersten Dampf durch eine Reserve-Feuerung oder durch separaten Betrieb der electromagnetischen Maschine durch Menschenkraft zu erzeugen. Die Zukunft der neuen Maschine, wenn sie sich in der Ausführung im Großen bewährt, ist unberechenbar.

(Cholera.) In Triest vom 22. bis 23. d. M. 3 Erkrankungen in der Stadt (Torreto, Androna del moro, Madonnina), 4 in den Vorstädten (Chiabola sup. und Rozzof), 3 im Territorium (Barcola), 2 genasen, 5 starben, 35 in Behandlung. Beim Militär kein Zuwachs, 2 genasen, 1 in Behandlung.

(Ein barmherziges, „zeitgemäßes“ Geschenk.) Ein russischer Agent, der seit einiger Zeit in Wien verweilt, hat bei vier österreichischen Firmen eine Bestellung auf 170.000 Hinterlader effectuirt, aber nicht im Auftrage der russischen Regierung, sondern auf Kosten von Petersburger Privatleuten, welche zusammengetreten sind, die erwähnten Gewehre der Regierung als patriotisches Geschenk anzubieten.

(Geschenk des französischen Ministers Duruy.) Die Landes-Oberrealschule in Krems hat soeben ein werthvolles Geschenk erhalten. Die seit einer Reihe von Jahren durch die Zöglinge der Ecole des ponts et chaussees bei Gelegenheit ihrer Sommer-Excursionen vorgenommenen bautechnischen Aufnahmen sind in einem im Buchhandel nicht zugänglichen Werke zusammengestellt. Dieses viele hundert Objecte umfassende unschätzbare technische Werk hat nun der kai. französische Minister des Unterrichtes durch das hohe k. k. Ministerium des Aeußern der Krems-Oberrealschule zugemittelt. Es dürfte dies das einzige in Oesterreich befindliche Exemplar dieser Ingenieuraufnahmen sein.

(Aufhebung der Schulhaft in Rußland.) Im russischen Justizministerium wurde eine Commission ernannt, welche die Frage der Aufhebung der Schulhaft zu prüfen hat.

(Erdbeben.) In Brindisi wurden am 19ten und 20. d. ziemlich starke Erdstöße verspürt. Der zweite war bedeutend und dauerte mehrere Secunden. Die rasch einander folgenden oscillirenden Bewegungen gingen von Osten nach Westen. Schaden wurde keiner angerichtet. Da Brindisi siebenmal durch Erdbeben zerstört wurde, haben die Einwohner große Furcht vor diesem Elementarereignisse und bei dem Bewahrwerden der ersten Stöße flüchtet sich alles unter freien Himmel. In der Stadt herrschen keine ansteckenden Krankheiten; die Bewohner sind aber in diesem Jahre von dem dort einheimischen Fieber besonders stark heimgesucht und nach Ausspruch der Aerzte soll sich nahezu ein Drittel der Bevölkerung in ärztlicher Pflege befinden.

Locales.

(Polizeiliches.) Ein Mälierknecht ließ gestern früh hier 18 Metling Weizen zum Verkaufe anbieten. Derselbe wurde als bedenklich beanstandet, wornach der Knecht gestand, daß er den Weizen und ungefähr einen Centner Mehl in einer Mühle unter dem Großtafelnberge verwendet habe.

F. J. (Traurige Resultate des Schußgeldes!) Da jetzt die Jagd im allgemeinen auf Feldern und in den Wäldern, auf den Bergen und in den Thälern auf was immer für Namen habendes Wild beginnt, so erhalten die Revierförster von den Jagdinhabern für jedes Wild, das sie erlegen, eine entsprechende Belohnung (Schußgeld), besonders aber für das sogenannte „Raubzeug,“ auf welches übrigens das ganze Jahr hindurch geschossen werden darf, ja sogar geschossen werden muß, um es auszurotten, ohne jedoch dabei zu bedenken, welchen empfindlichen Schaden man sich dadurch in seiner eigenen Landwirtschaft zufügt. Ich führe hier ein Beispiel an, um leichter rechnen zu können. Laut eines Berichtes wurde auf einer großen Domäne in Oesterreich im Jahre 1863 an Schußgeld bezahlt für erlegte: 462 Gulen, 245 Buffarde, 163 Zgel, 160 Wiesel, 470 Iltisse, eine Anzahl von Raben und Krähen gar nicht gerechnet. Nehmen wir an, daß für dieses erlegte sogenannte „Raubzeug“ nur 10 fr. Schußgeld durchschnittlich pr. Stück bezahlt wurde, so machte das Schußgeld für die nur angeführten 1300 Stück 130 fl. Untersuchen wir nun, wie viel schädlichen Mäusen mit diesem Aufwand das Leben affectirt wurde. Die 1300 Stück erlegtes „Raubzeug“ konnten durchschnittlich die doppelte Zahl Junge liefern, die immerhin die Hälfte der Jahreszeit hindurch ihren Mäusefraß (eine Lieblingspeise und Hauptnahrungszweig) betreiben konnten; rechnen wir aber nur die einfache, d. h. die gleiche Zahl, 1300 Junge, also zusammen 2600 Stück „Raubzeug,“ und nehmen wir an, daß diese in 9 Monaten, in denen die Mäuse schädlich haufen und von dem genannten „Raubzeug“ in Feld und Speicher mit aller Energie verfolgt werden, täglich durchschnittlich jedes nur 10 Stück Mäuse verzehrten, so bekommen wir durch eine einfache Multiplication die Zahl von über 7 Millionen nichtgefressener Mäuse. Wird nun noch in Betracht genommen, daß ein Mäusepaar von März an alle sechs Wochen 8 bis 12 Junge liefert und diese in zwei Monaten selbst wieder die Mäusebevölkerung vermehren, so wird die Zahl von 7 Millionen Mäusen, denen mit 130 fl. Schußgeld das Leben versichert wurde, mindestens auf das zwei- bis vierfache, d. i. auf 14 bis 28 Millionen vermehrt. (Scheint unglücklich, aber doch wahr, bitte nur zu rechnen.) Welchen Schaden dieses Mäuseheer schon im Laufe des Jahres 1863 auf der Domäne mit den Palmfrüchten, den Saaten, an der Ernte und im Speicher, an Alee, Wurzelgewächsen, an Forstculturen u. anrichten konnte, läßt sich weniger berechnen, als schätzungsweise übersehen; von dem für das nächste Jahr sicherlich bevorstehenden großen Schaden gar nicht zu reden. Was Elementarereignisse dem Landwirthe nicht zu Grunde richten, richtet er sich selbst zu Grunde durch das Zusammenhiesentlassen des sogenannten „Raubzeuges.“ Wahrlich! es ist leichter Berge zu versetzen, als — alte Vorurtheile auszurotten!

(Am Krainburger Gymnasium) ist die Lehrstelle für classische Philologie in Erledigung gekommen. Die k. l. Landesregierung schreibt unterm 20. d. M. den Concurs zur Wiederbesetzung aus, und haben Bewerber ihre Gesuche bis Ende October d. J. einzureichen. Gehalt beträgt 735 fl. und Decennalzulagen.

Eingefendet.

Juristische Gesellschaft in Wien.

Mit allerhöchster Entschliessung vom 11. August l. J. ist die Umwandlung des Vereines zur Uebung gerichtlicher Beredsamkeit in eine juristische Gesellschaft dem Beschlusse der diesjährigen Generalversammlung gemäß bewilliget und sind die Statuten der neuen Gesellschaft genehmiget worden. Beauftragt, die Constituirung der juristischen Gesellschaft in Wien vorzubereiten, wendet der unterzeichnete Ausschuss sich mit der Einladung an alle Fachgenossen, der ins Leben tretenden Vereinigung ihre Kräfte zu leihen. Verschieden nach Lebenslauf und Lebensstellung, nach der wissenschaftlichen und praktischen Richtung ihrer Bestrebungen, fühlen sie doch alle das gemeinsame Bedürfnis nach wechselseitiger Berathung und förderndem Gedankenaustausch. Schon hat dieses Bedürfnis, wie es dem Juristen nach der Natur seiner Forschungen und Arbeiten sich öfter und lebhafter als anderen aufdrängt, an vielen Orten große und nützliche Vereine ausblühen gemacht. In Oesterreich und in diesen Tagen, wo fast der ganze Rechtszustand umgestaltet und neu gebildet werden soll, wo für das eine Rechtsgebiet kaum das Ziel festgestellt ist, nach welchem zu streben, für das andere der Weg noch nicht gesichert, auf dem es zu erreichen und wo nur so viel feststeht, daß fast alles neugeschaffen werden soll, da sind die Klärung der Meinungen, der Wettstreit der Forschungen, der Kampf der Principien im lebendigen Verkehre der Männer des Rechtes mehr als Bedürfnis, sie werden Pflicht! — Im einträchtigen Zusammenwirken der Meister des Faches mit jeder strebenden Kraft beizutragen zur Lösung der großen Aufgaben österreichischer Gesetzgebung und deutscher Rechtswissenschaft, das ist das schöne Ziel der Wiener juristischen Gesellschaft. Mögen alle Berufenen sich an dem Werke betheiligen und es aus seinen geringen Anfängen zu großen Erfolgen führen.

Wien, im September 1867.

Für den Ausschuss:

Dr. E. Poffaner v. Ehrenthal m. p., Vorstand.

Dr. D. Theumann m. p., Schriftführer.

Anmerkung: Nach § 4 der Statuten können als wirkliche Mitglieder alle jene Personen in die Gesellschaft eintreten, welche die rechts- und staatswissenschaftlichen Studien absolvirt haben und in einem Gebiete der Jurisprudenz wissenschaftlich oder praktisch beschäftigt sind oder beschäftigt waren.

Der Jahresbeitrag wird nach § 14 auf fünf Gulden ö. W. festgesetzt, doch ist die General-Versammlung berechtigt, denselben mit Zustimmung von Zweidrittel der anwesenden wirklichen Mitglieder abzuändern.

Neueste Post.

Die nordamerikanische Regierung hat soeben die in Bezug auf Kaiser Maximilian seit der Zeit, da das Leben desselben bedroht war, geführte Correspondenz der Öffentlichkeit übergeben. In einem ersten, vom 6. April 1867 datirten Actenstücke schreibt der österreichische Gesandte in Washington, Herr v. Wydenbruck, an Herrn Seward, daß das Schicksal der Gefangenen von Zacatecas den Kaiser Franz Josef für das Leben seines Bruders besorgt mache, und er sucht die freundschaftliche Intervention der Vereinigten Staaten zu Gunsten der Gefangenen nach, welche die Quaranten fortan noch machen könnten. Seward entspricht dem Ersuchen des österreichischen Gesandten und erläßt die geeigneten Weisungen an Herrn Campbell; mit welchem Erfolge, ist bekannt. Am 28. Mai fragt Herr v. Wydenbruck Herrn Seward, ob es wahr sei, daß Maximilian gefangen genommen worden. Auf die bejahende Antwort telegraphirt er die Thatsache nach Wien, und Herr von Beust befiehlt ihm an demselben Tage, seine Bitten bei Herrn Seward, daß die amerikanische Regierung sich für die Freilassung Maximilians verwende, vorzubringen. Neues und dringenderes Ersuchen des Herrn v. Beust am 20. Juni. Der Staatssecretär antwortete in zwei Zeilen, daß die guten Dienste der Vereinigten Staaten für die Sache gewonnen sind. Am 21. Juni bittet Herr v. Beust Herrn Seward, Maximilian wissen zu lassen, daß Franz Joseph darein willige, ihm seine Erbrechte auf die Krone von Oesterreich wiedergeben zu lassen. Herr Seward antwortete am 1. Juli, daß alles den Befehlen Sr. apostolischen Majestät entsprechend veranlaßt worden ist. Tags darauf fragt Herr v. Wydenbruck, ob es wahr sei, daß Maximilian hingerichtet worden. Bejahende Antwort. Der Rest der Correspondenz bewegt sich um die Vererdigung und die Rückerstattung des Leichnams des hingerichteten Fürsten. Diese Frage ist noch nicht geregelt. In diesem Falle wie in den übrigen verspricht Herr Seward seine guten Dienste.

Telegramme.

Berlin, 23. September. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht eine königliche Verordnung, welche das Abgeordnetenhaus auflöst. Der Bericht des Staatsministeriums führt als Motiv die Erweiterung des Staatsgebietes, die politische Umgestaltung Deutschlands an, wodurch die bisherigen Abgeordneten nicht mehr als die Vertreter des gesammten Volkes erscheinen. — Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt: Die Neuwahlen für das preussische Abgeordnetenhaus sollen in der Weise stattfinden, daß der Landtag Mitte November nach Schluß des Reichstages zusammentreten kann. — Die Verhandlungen mit dem Könige von Hannover sind glücklich beendet. Die Bekanngung des Resultates erfolgt nächstens. Das Verdienst gebührt dem aus Wien zurückgekehrten Minister v. Windhorst. Der König erhält keine Domainen, sondern eine Abfindungssumme. Es sind nur noch einige Formalien wegen Verwaltung der Abfindungssumme zu regeln. — Die „Kreuz-Zeitung“ erklärt wiederholt positiv, daß über die Reise des Kaisers Napoleon nach Berlin keinerlei Besprechungen stattgefunden haben.

Berlin, 23. September. In der heutigen Sitzung des Bundesrathes präsidirte der Bundeskanzler Graf Bismarck. Der Gesetzentwurf über die Nationalität der Kauffahrtschiffe und die Verpflichtung zum Kriegsdienste wurde mit den vom Ausschusse beantragten Modificationen angenommen und der Antrag Preußens auf Beginn von Verhandlungen mit Italien wegen Abschluß eines Schiffsfahrtsvertrages genehmigt. Zugleich wurde das Präsidium ersucht, dahin zu wirken, daß der zwischen dem Zollvereine und Italien bestehende Handelsvertrag vom 31. December 1865 auf sämtliche Staaten des norddeutschen Bundes ausgedehnt werde.

Berlin, 23. September. Das Märkische Kirchenblatt will erfahren haben, es seien französisch-italienische Verhandlungen im Zuge wegen Erwerbung des Kirchenstaates durch Italien unter Garantie der communalen Selbstständigkeit Roms als Sitzes des Kirchen-Oberhauptes.

London, 23. September. Bei Cork haben Freudentemonstrationen wegen Befreiung der Fenier in Manchester stattgefunden. — Die „Pall-Mall-Gazette“ meldet, das Parlament werde im November berufen werden, um das Geld für die abyssinische Expedition zu bewilligen.

St. Petersburg, 23. September. In maßgebenden Kreisen hier werden die Mittheilungen ausländischer Journale über ein angebliches Gespräch des Kaisers mit Suad Pascha, sowie über eine angebliche Verurteilung des Großfürsten Constantin, des Fürsten Gortschakoff und des Kriegsministers nach Livadia als Erfindungen bezeichnet.

New-York, 12. September. (Tr. J.) Seward überschickte dem amerikanischen Gesandten in London ein Verzeichniß mit Reclamationen über Corsarenbeschädigungen, und wies ihn an, Stanley zu benachrichtigen, daß der Präsident die Regelung dieser Angelegenheit nothwendig erachte für die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu England.

Telegraphische Wechselcourse

vom 24. September.

5perc. Metalliques 56.20. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 58.80. — 5perc. National-Anlehen 65.15. — Bankactien 684. — Creditactien 180. — 1860er Staatsanlehen 82.60. — Silber 121.65. — London 123 80. — R. l. Ducaten 5.91.

Das Postdampfschiff „Saxonia“, Capitän Haad, ging, expedirt von Herrn August Volten William Millers Nachf., am 21. September mit 475 Passagieren von Hamburg nach New-York ab.

Geschäfts-Zeitung.

Lieferungen für die Armee. Von Seite mehrerer Geschäftsleute, die sich an den kürzlich abgeschriebenen Lieferungen für die Armee betheiligen wollen, wurde die Abendung einer Deputation an den Kriegsminister beschloffen, um eine Verlängerung des Einreichungstermines, der bekanntlich nur bis 30. d. M. lautet zu erwirken. Man will darauf hinweisen, daß eine Verlängerung des Termines um mindestens einen Monat auch im Interesse des Aeras liege und schon aus dem Grunde gerechtfertigt erscheine, weil die Armee-Ausrüstungscommission nicht im Stande ist, heute schon die nöthigen Muster auszugeben, da beispielsweise das bezügliche Leder noch in Prag liege. Man rechnet mit Sicherheit darauf, daß das Kriegsministerium dem Ansuchen der Geschäftsleute Folge geben werde.

Angewommene Fremde.

Am 23. September.

Stadt Wien. Die Herren: Gullovich, Capitän, Detrosin, Privatier, und Rossolin, von Triest. — Gloinarié. — Barthlme und Fortuna, Kunstl., von Gottschee. — Krenstinger, Kaufm., von Pest. — Fr. Orjetitsch, Schauspielerin. Elephant. Die Herren: Danzer, Hopfenhändler, Richter, Kaufm., Pollak, Fabrikere, Schiffer, und Balland, von Wien. — Alexander, Kaufm., und Pécuit, Jurist, von Agram. — Prachniker, Baunternehmer, von Mankendorf. — Singer, Getreidehändler, von Pest. — Janik, Postmeister, von Kropf. — Papler, Privatier, aus Oberkrain. — Die Frauen: v. Eden, k. u. i. britische General-Lieutenant: Gattin, von London. — Scott-Adamsch, Gntschef., und Scott-Porchi, Private, von Fiume. — v. Baner, Private, von Paris. Sternwarte. Die Herren: Kavčić und Klinar, Lehrer, von Dragats. Kaiser von Oesterreich. Frau Kadini, von Trient. Bayerischer Hof. Die Herren: Dr. Cüchel, von Fiume. — Prister und Finck, Handelsl., Skinko und Paulic, Dachsenhändler, und Frau Inglisthal, Private, von Triest. Mohren. Herr Simenthal.

Theater.

Heute Mittwoch:

Flotte Bursche.

Operette in 1 Act von Suppé.

Morgen Donnerstag:

Die Waife von Lowood.

Schauspiel in 4 Acten von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 7 columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reducirt, Lufttemperatur nach Reaumur, Wind, Ansehliches Wetter, Niederschlag in Wiener Linien. Data for 24. 9. 1867.

Vormittag sehr schwül. Rasches Sinken des Barometers, welches bis 5 Uhr Nachmittag nahezu um 4 Linien fiel. Nach 1 Uhr fernes Gewitter in W. und SW. Nachmittag Strichregen mit Gewitterwolken. Um 5 Uhr starkes Gewitter aus SW. und S. über die Stadt ziehend mit Plagregen. Rasch wechselnder Wolkenzug. Gegen 6 Uhr Sturm aus W. mit einzelnen Hagelkörnern, von kurzer Dauer. Ununterbrochenes Blitzen in die Nacht anhaltend. Um 10 Uhr zog abermals ein Gewitter aus S. über die Stadt. Nach Mitternacht Sturm aus N. bis gegen Morgen anhaltend mit äußerst starken Windböen. Einer der merkwürdigsten Gewittertage, indem seit 1 Uhr Nachmittag bis gegen Morgen sich ohne Unterbrechung sehr lebhafter Gewitter über dem Horizonte von Laibach entluden und der Niederschlag binnen 12 Stunden eine außergewöhnliche Höhe erreichte. — Den 25. Morgens starke Abkühlung, in den Alpen scheint ein reichlicher Schneefall stattgefunden zu haben.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmann.

J. R. Nr. 7.!

Holen Sie sich einen Brief vom vorigen Orte. (2074) Pauline.

Börsenbericht.

Wien, 23. September. Die Börse im Allgemeinen matt und geschäftslos. Fonds und Actien haben größtentheils Courseherabminderungen aufzuweisen. Devisen und Banknoten schlossen steifer. Geld knapp.

Öffentliche Schuld.

Table with 3 columns: Description of debt (A. des Staates, B. der Kronländer), Geld, Waare. Includes items like 5pCt. für 100 fl., 5pCt. rückzahlbar, etc.

Table with 3 columns: Location (Salzburg, Böhmen, etc.), Geld, Waare. Includes items like zu 5%, 5%, etc.

Table with 3 columns: Description of bonds (Böhm. Westbahn, etc.), Geld, Waare. Includes items like zu 200 fl., 100 fl., etc.

Table with 3 columns: Description of exchange rates (Clary, St. Genois, etc.), Geld, Waare. Includes items like zu 40 fl. CM., etc.